

Wichtige Ereignisse im Überblick: Was steht im ersten Halbjahr 2020 an?

- Ende Januar: In Italien finden richtungsweisende Regionalwahlen statt.
- 3. Februar: Vorwahlen im US-Bundesstaat Iowa
- 5. März: Volkskongress in China – Die chinesische Regierung gibt bei diesem Anlass ihre Jahresziele für die wichtigsten Wirtschaftsindikatoren bekannt. Erwartet wird, dass China das Wachstumsziel für 2020 auf 6,0 % senkt. Außerdem werden wirtschaftspolitische Maßnahmen verkündet.
- Frühjahr: EZB-Debatte um ein Ende der Negativzinspolitik?
- Frühsommer: Vorstellung Fed-Ergebnisse der Strategieprüfung – überprüft wird, ob die Fed ihre Ziele (Preisstabilität und Vollbeschäftigung) mit dem bestehenden Instrumentarium erreichen kann, oder ob der Werkzeugkasten ergänzt werden muss.
- 30. Juni: Entscheidung, ob GB um mehr Verhandlungszeit für ein Freihandelsabkommen bittet – ansonsten: harter Brexit Ende 2020?

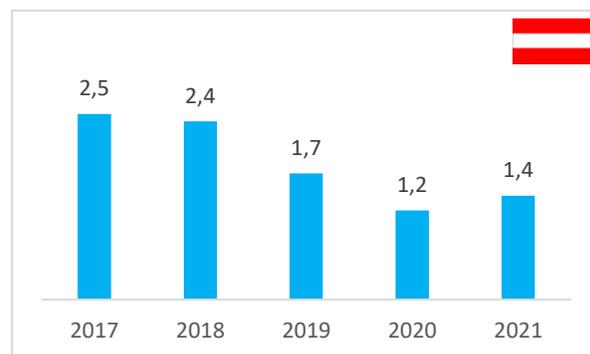
Aktuelle Prognose: IMF WORLD ECONOMIC OUTLOOK – UPDATE

- Der Internationale Währungsfonds (IMF) prognostiziert ein globales BIP-Wachstum von 3,3 % im Jahr 2020 und 3,4 % im Jahr 2021. Mit dieser Prognose wird das Wachstum um 0,1 Prozentpunkte für 2020 hinunter revidiert, für 2021 sogar um 0,2 Prozentpunkte. Diese Abwärtsrevision ist vor allem negativen Effekten aus Schwellenländern geschuldet, z.B. Indien. Auch die Auswirkung steigender sozialer Unruhen spiegeln sich in den Prognosen wider.
- Erste Anzeichen einer Stabilisierung könnten jedoch anhalten und Konsum- und Unternehmensausgaben stärken. Negative Risiken bleiben aber weiterhin aufrecht, z.B. geopolitische Spannungen, insbesondere zwischen den USA und dem Iran, sich verstärkender sozialer Unfrieden, weitere Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und ihren Handelspartnern, wirtschaftliche Spannungen zwischen mehreren Ländern.

Kooperation statt (Handels-)Konflikte

Laut Internationalem Währungsfonds steigt die Bedeutung für multilaterale Kooperation. Missstände im Handelssystem sollen schnellstmöglich adressiert werden, das Problem mit dem WHO Appellate Body soll gelöst und Uneinigkeit ohne die Anhebung von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen beseitigt werden. Handels- und Technologiekonflikte bedeuten außerdem schwächere Investitionen, mehr Jobverluste, niedrigeres Produktivitätswachstum und langsamere Steigerung des Lebensstandards. Auch beim Umweltthema ist länderübergreifende Kooperation unverzichtbar.

Reales BIP-Wachstum für Österreich, jährliche Veränderung in %



Quelle: WIFO

PROGNOSEN INTERNATIONAL

Handelsvolumen, Güter und Services, Veränderung ggü. Vorjahr in %	2018	2019	2020	2021
Industrieländer	+3,2	+1,3	+2,2	+3,1
Schwellen- und Entwicklungsländer	+4,6	+0,4	+4,2	+4,7

Reales BIP-Wachstum, Veränderung ggü. Vorjahr in %	2018	2019	2020	2021
USA	+2,9	+2,3	+2,0	+1,7
Euroraum	+1,9	+1,2	+1,3	+1,4
Japan	+0,3	+1,0	+0,7	+0,5
China	+6,6	+6,1	+6,0	+5,8
Indien	+6,8	+4,8	+5,8	+6,5

Quelle: IMF

IM FOKUS: World Economic Forum Global Risks

TOP-Risiken sind im Jahr 2020 umweltbedingt. 2010 waren die TOP- Risiken noch wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und geopolitischer Natur.



Ökologisch:

- Verlust der Biodiversität
- Versagen von Klimamaßnahmen
- Extreme Wetterlagen
- Menschgemachte Umweltkatastrophen
- Naturkatastrophen

Technologisch:

- Cyberattacken
- Datenverluste, Datenbetrug, Datendiebstahl
- Informationsinfrastruktur

Gesellschaftlich:

- Versäumnis der Stadtplanung
- Hungersnot
- Infektionskrankheiten
- ungewollte Migration
- Wasserknappheit

Geopolitisch:

- Massenvernichtungswaffen
- Versagen von globaler Governance
- Wirtschaftliche Konfrontationen

Wirtschaftlich:

- Vermögensblase
- Versagen von kritischer Infrastruktur
- Deflation
- Energiepreischock

- Finanzieller Zusammenbruch
- Fiskalkrise
- Schwarzhandel
- Arbeitslosigkeit
- Nicht zu bewältigende Inflation

Aktuelles Risiko:

- Coronavirus in China: Die Ausbreitung des Coronavirus in China führt zu einer höheren Risikoaversion am Markt. Der Ausbruch führt zur Sorge, dass sich die Krankheit weiter ausbreitet und die Wirtschaft belastet. Es werden Parallelen zur SARS-Pandemie vor 17 Jahren gezogen, die der Wirtschaft schweren Schaden zufügte. Vor allem der inländische Konsum und der Tourismus wären stark betroffen.